

Antragsbuch

2. SDMV-Abstimmung

30. Juni 2013

Vorwort

Dieses Antragsbuch enthält alle Anträge, die bei der 2. SDMV-Abstimmung am 30. Juni 2013 behandelt werden. Es ist jeweils nur der Wortlaut des Textes angegeben, über den abgestimmt wird. Begründungen und andere Informationen, die in der Antragsfabrik (<http://wiki.piratenpartei.de/RP:Antragsfabrik>) angegeben sind, sind nicht Teil des Antrags.

Als zentraler Diskussionskanal für die SDMV dient die Mailingliste
rlp-antragsdiskussion@lists.piratenpartei.de

Ihr könnt sie hier abonnieren:

<https://service.piratenpartei.de/listinfo/rlp-antragsdiskussion>

Sie ist auch mit dem Forum synchronisiert (Anmeldung im Forum erforderlich):

<http://news.piratenpartei.de/forumdisplay.php?fid=799>

Bitte nutzt diesen Kanal um Fragen zu klären und um den Antragstellern Anregungen und Kritik zukommen zu lassen. Eine offizielle Offline-Aussprache findet nicht statt.

Liebe Grüße,

Sebastian Degenhardt

Beisitzer des Landesvorstands Rheinland-Pfalz

Bodenheim, 26.06.2013

Inhalt

Wahlprogrammanträge.....	4
2013.3/001 Kapitel zu Ausreisezentren streichen	4
2013.3/017 Eignungsprüfungen für Lehrkräfte	5
2013.4/001 Überarbeitetes Vorwort	6
2013.4/002 Sorgerecht.....	9
2013.4/005 Störerhaftung neu regeln	10
2013.4/006 Kostenlose Grundversorgung	11
2013.4/007 Definition der Grundversorgung	12
2013.4/011 Überarbeitetes Gesundheitsprogramm	13
2013.4/012 Alternative Heilmethoden	16
2013.4/014 Einführung eines Kapitels "Sonstiges"	17
2013.4/015 Leistungsumfang von Krankenkassen	18
2013.4/016 Streichung Behandlungsfehler bei nicht erforderlichen kosmetischen Eingriffen und bei Piercing (zurückgezogen).....	19
2013.4/017 Streichung Punkt 13.4.5 Gesundheit	20
Sonstige Anträge	21
2013.4/003 Senkung des Hartz IV-Regelsatzes (zurückgezogen)	21
2013.4/004 Integrationsbeauftragter	22
2013.4/008 Bahnlinie Homburg Zweibrücken	23
2013.4/009 Abkehr vom Prinzip der Angemessenheit der Wohnungskosten	24
2013.4/010 friedliche Assimilation des Nuerburgrings	25
2013.4/013 Hartz IV-Reform	27
2013.4/014 Hartz IV-Sanktionen	28

Wahlprogrammanträge

2013.3/001 Kapitel zu Ausreisezentren streichen

Die Ständige dezentrale Mitgliederversammlung der Piratenpartei Rheinland-Pfalz möge beschließen, das Kapitel "Abschaffung von Ausreisezentren" ersatzlos zu streichen.

2013.3/017 Eignungsprüfungen für Lehrkräfte

Der Landesparteitag fügt den folgenden Text im Kapitel Bildung des Wahlprogramms ein:

"Eignungstests und Beratungsgespräche für Studierende zum Lehramt

Schülern wird der umfassende Zugang zu Bildung verwehrt, wenn ihre Lehrer zwar genügend Fachwissen besitzen aber dieses nicht ausreichend vermitteln können. Solche Mängel können auf Redangst oder Schwierigkeiten in der Teamarbeit beruhen. Auch stressbedingte ständige Krankheit oder Frühpensionierung von Lehrern schaden dem Lernfortschritt ihrer Schüler. Daher muss Lehramtsbewerbern vor, während und nach dem Studium Zugang zu so genannten Eignungstests für den Lehrberuf sowie Einzel-Beratungsgesprächen mit Ausbildern während der Praktikumsphasen angeboten werden. Die Ergebnisse beeinflussen den Zugang zum weiteren Studium nicht. Sie dienen den Studierenden als Hilfe zur eigenen Orientierung, ob die Ausrichtung in ihrem Fach auf eine spätere Lehrtätigkeit sinnvoll ist. Sie können als ein Auswahlmerkmal für eine Übernahme in ein (zur Zeit noch) weitest gehend unkündbares Beamtenverhältnis dienen. Die Piratenpartei lehnt ein learning-by-doing auf dem Rücken von Schülern ab."

2013.4/001 Überarbeitetes Vorwort

Das Vorwort des Wahlprogramms wird folgendermaßen neu gefasst:

Vorwort

Freiheitsrechte und die Gestaltung der modernen Informations- und Wissensgesellschaft sind die Kernanliegen der Piratenparteien weltweit und natürlich auch bei uns in Rheinland-Pfalz.

Durch den Einzug der Digitalen Revolution in alle Lebensbereiche sind die Würde und die Freiheit des Menschen in bisher beispielloser Art und Weise bedroht. Dies geschieht zudem in einem Tempo, das die gesellschaftliche Meinungsbildung, die staatliche Gesetzgebung sowie den einzelnen Menschen überfordern. Damit schwinden die Möglichkeiten dahin, diesen Prozess mit demokratisch gewonnenen Regeln auf der Ebene eines einzelnen Staates zu gestalten.

Die Angst vor internationalem Terrorismus lässt Sicherheit als wichtigstes Gut erscheinen - und viele in der Verteidigung der Freiheit fälschlicherweise verstummen. Dies leistet einer entstehenden totalen und totalitären Überwachungsgesellschaft Vorschub.

Die Piratenpartei möchte die Chancen der Digitalen Revolution nutzen und vor möglichen Gefahren warnen. Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre sind dabei die Grundpfeiler der zukünftigen Informationsgesellschaft. Nur auf dieser Basis kann eine selbstbestimmte, sozial gerechte, freiheitlich-demokratische Grundordnung erhalten bleiben. Die Piratenpartei ist Teil einer weltweiten Bewegung, die diese Ordnung zum Vorteil aller mitgestalten will.

Wir wollen uns vorrangig auf die im [Grundsatzprogramm](#) genannten Forderungen konzentrieren, da sie aus unserer Sicht für alle Bürger ideologie- und generationenübergreifend unterstützenswert sind. Eine Positionierung innerhalb des politischen Spektrums lehnen wir ab, da diese Festlegung unserem gemeinsamen Streben nach der Verwirklichung dieser Forderungen hinderlich wäre.

Das vorliegende Wahlprogramm enthält Vorschläge für eine Politik in Rheinland-Pfalz auf Basis unserer Grundsätze. Nachfolgend sind die wichtigsten davon aufgeführt.

Unsere Grundsätze

Grundrechte verteidigen

Die [UN-Menschenrechtserklärung](#) stellt gemeinsam mit den [Bürgerrechten der EU-Grundrechtscharta](#) die umfassende und allgemein anerkannte Sammlung von Grundrechten dar. Die Piratenpartei setzt sich national für den bedingungslosen Schutz und international für die Verbreitung dieser Rechte ein. Sie sind das höchste Gut und Ausdruck unserer Menschlichkeit, unteilbar und gültig für jeden Menschen gleichermaßen. Sie gewährleisten die freie Entfaltung ohne Furcht vor Repressalien.

Wir stehen hinter dem Grundgesetz in der Form, wie es unsere Gründungsväter 1949 ausgearbeitet haben. Einschränkungen von Grundrechten durch Bundesgesetze wollen wir kritisch prüfen. Weitere Einschränkungen lehnen wir ab.

Informationelle Selbstbestimmung

Das Recht des Einzelnen, die Nutzung seiner persönlichen Daten zu kontrollieren, muss garantiert werden. Dies gilt dem Staat gegenüber ebenso wie im Wirtschaftsbereich. Wir wollen weder den gläsernen Bürger noch den gläsernen Konsumenten.

Transparenz

Alles staatliche Handeln muss transparent und für jeden nachvollziehbar sein. Nach unserer Überzeugung ist dies unabdingbare Voraussetzung für eine moderne Wissensgesellschaft in einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung.

Bildung ermöglichen

Der uralte Traum, alles Wissen und alle Kultur der Menschheit zusammenzutragen, zu speichern und für alle zugänglich zu machen, ist durch die rasante technische Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte in greifbare Nähe gerückt. Jeder Mensch hat das Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung. Dies ist notwendig, um unabhängig von der sozialen Herkunft ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen der Gesellschaft und der Wirtschaft, da nur durch den Erhalt, die Weitergabe und die Vermehrung von Wissen auf Dauer Fortschritt und gesellschaftlicher Wohlstand gesichert werden können.

Patente

Wir lehnen Patente auf Lebewesen und Gene, auf Geschäftsideen und auch auf Software ab, weil sie unzumutbare und unverantwortliche Konsequenzen haben. Sie behindern die Entwicklung der Wissensgesellschaft, privatisieren allgemeine Güter ohne Not und ohne angemessene Gegenleistung und besitzen kein Erfindungspotenzial im ursprünglichen Sinne.

Open Access

Aus dem Staatshaushalt wird eine Vielzahl schöpferischer Tätigkeiten finanziert. Da diese Werke von der Allgemeinheit finanziert werden, sollten sie auch der Allgemeinheit kostenlos zur Verfügung stehen.

Urheberrecht fair gestalten

Die Globalisierung des Wissens und der Kultur durch Digitalisierung und Vernetzung stellt deren rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen auf den Prüfstand. Das Urheberrecht muss sich den Anforderungen der sich entwickelnden Informationsgesellschaft anpassen. Die Bedürfnisse von Konsumenten und Produzenten

müssen gleichermaßen berücksichtigt werden, auch in Hinblick darauf, dass die Grenzen dazwischen immer mehr verschwimmen.

Rechtliche Gleichstellung

Ungleiche Behandlung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Identität und Orientierung, des Alters und der Herkunft sowie weiterer von den Individuen nicht beeinflussbarer Merkmale entspricht nicht unserem Werteverständnis. Existierender Diskriminierung wollen wir mit Ursachenforschung und Aufklärung entgegenwirken.

2013.4/002 Sorgerecht

Hiermit beantrage ich, den folgenden Text im Wahlprogramm unter dem übergeordneten Punkt "Familienpolitik" einzufügen.

"Gemeinsames Sorgerecht für nicht verheiratete Eltern

Wir fordern die Gleichbehandlung nicht ehelicher und ehelicher Kinder sowie ein allgemeines gemeinsames Sorgerecht beider Elternteile ab Geburt des Kindes.

Nicht verheirateten Vätern soll grundsätzlich mit der rechtlichen Anerkennung der Vaterschaft die Inhaberschaft der elterlichen Sorge von Amts wegen beurkundet werden. Explizit ausgenommen sind Fälle, in denen es erst durch eine Straftat zur Schwangerschaft kam. In diesem Fall sollte weiterhin eine gemeinsame Sorgerechtserklärung oder ein Beschluss des Familiengerichts bindend sein.

Der Staat hat darauf hinzuwirken, dass geschiedenen bzw. getrennt lebenden Eltern Hilfe angeboten wird, um sich bei Streitigkeiten im Hinblick auf die gemeinsame Verantwortung gegenüber ihren Kindern zu einigen. Der Staat ist in der Pflicht, Mediation zwischen den Eltern zu fördern und Entfremdung zu verhindern. Mit dem Sorgerecht geht auch die Sorgepflicht einher. Auch das Umgangsrecht muss stärker geschützt werden als bisher."

2013.4/005 Störerhaftung neu regeln

Der Landesparteitag möge beschließen, im Kapitel 2 "Privatsphäre, Datenschutz und Bürgerrechte - Grundpfeiler der freiheitlichen Informationsgesellschaft" einen Unterpunkt "Störerhaftung neu regeln" mit folgendem Text einzufügen:

Wir Piraten setzen uns für eine Neuregelung der Störerhaftung im Bereich der Telekommunikation ein. Wir lehnen es ab, dass Betreiber von offenen Internetzugängen generell zur Verantwortung gezogen werden für das, was aus Ihrem Netzwerk heraus passiert.

Wir sehen die aktuelle Gesetzeslage als unnötige Hemmung der flächendeckenden Internetversorgung, aber auch als Bedrohung der Rechte der Nutzer offener Netzwerke an.

So hindert die Störerhaftung Privatleute daran, ihren Internetzugang kostenlos durch ein unverschlüsseltes WLAN für ihre Umgebung freizugeben. Nach aktueller Lage würde ein einziger unehrlicher Nutzer genügen, um den Betreiber in schwerwiegende rechtliche Schwierigkeiten zu bringen. Für Projekte wie etwa Freifunk stellt dies ein ernsthaftes Hindernis dar. Dabei sind gerade solche Initiativen geeignet, in bisher unterversorgten Gebieten einen flächendeckenden Internetzugang anzubieten.

Aber auch die Störerhaftung für kommerzielle Anbieter wie beispielsweise Hotels, Bars oder Restaurants sehen wir kritisch. Möchten diese einen Internetzugang für ihre Kunden anbieten, müssen sie sicherstellen, dass diese keine illegalen Aktivitäten betreiben. Wir Piraten sehen hier die Gefahr, dass solche Anbieter dazu übergehen werden, das Verhalten ihrer Nutzer detailliert auszuspähen. Nur so können sie im Zweifelsfall nachweisen, wer eventuelle Rechtsverletzungen begangen hat. Dadurch werden alle Kunden unter Generalverdacht gestellt und in ihrem Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung verletzt.

Wir wollen diese Rechtsunsicherheiten beseitigen. Damit soll es insbesondere auch Privatpersonen möglich sein, Internetzugänge und Anonymisierungsdienste bereitzustellen. Genauso wollen wir die Bereitstellung dieser Dienste als kostenlosen Service für Kunden ermöglichen. Beides soll möglich sein, ohne dass unkalkulierbare Risiken eingegangen werden müssen oder unverhältnismäßiger Aufwand betrieben werden muss. Auch Eingriffe in die Privatsphäre der Nutzer wollen wir damit unterbinden.

2013.4/006 Kostenlose Grundversorgung

Die Ständige dezentrale Mitgliederversammlung der Piratenpartei Rheinland-Pfalz möge beschließen vor den Punkt "Datenschutzeinhaltung" (11.1) im Programmbereich "Öffentlicher Rundfunk" folgenden Punkt ins Wahlprogramm einzufügen. Die Punkte 1.1 "Datenschutzeinhaltung und 11.2 "Gebührenbefreiung" sind folglich zu streichen:

Kostenlose Grundversorgung

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, den Umfang der Grundversorgung, die zu erbringen Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist, klar zu definieren.

Die Grundversorgung soll kostenlos angeboten werden und folgendes umfassen:

Vorschlagsliste:

- Information und Nachrichten
- Bildung und Kultur
- Wissenssendungen und Ratgeber

Die Neutralität der Sender muss durch einen unabhängigen Rundfunkrat sichergestellt werden. Über den Etat muss gemeinsam mit dem Rundfunkrat jährlich entschieden werden.

Über diese kostenlose Grundversorgung hinausgehende Sendungen sind z. B. aus Werbeeinnahmen oder aus freiwilligen Beiträgen zu finanzieren.

Anmerkung: Dieser Antrag wird auf Wunsch der Antragsteller als konkurrierender Antrag zu 2013.4/007 Definition der Grundversorgung behandelt.

2013.4/007 Definition der Grundversorgung

Die Ständige dezentrale Mitgliederversammlung der Piratenpartei Rheinland-Pfalz möge beschließen vor den Punkt "Datenschutzeinhaltung" (11.1) im Programmbereich "Öffentlicher Rundfunk" folgenden Punkt ins Wahlprogramm einzufügen:

Definition der Grundversorgung

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, den Umfang der Grundversorgung, die zu erbringen Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist, und für die ab 1.1.2013 Rundfunkbeiträge pauschal erhoben werden, klar zu definieren.

Die für die Grundversorgung entstandenen Kosten sind zu erfassen und zu veröffentlichen. Aus diesen Kosten und der Anzahl der Beitragszahler kann der Rundfunkbeitrag neu berechnet werden.

Vorschlagsliste:

- Information und Nachrichten
- Bildung und Kultur
- Wissenssendungen und Ratgeber

Über diese Grundversorgung hinausgehende Sendungen sind nicht aus Rundfunkbeiträgen, sondern z. B. aus Werbeeinnahmen zu finanzieren.

Anmerkung: Dieser Antrag wird auf Wunsch der Antragsteller als konkurrierender Antrag zu 2013.4/006 Kostenlose Grundversorgung behandelt.

2013.4/011 Überarbeitetes Gesundheitsprogramm

Punkt 2.8.7 (Elektronische Gesundheitskarte) des Wahlprogramms wird gestrichen.

Kapitel 13 des Wahlprogramms wird folgendermaßen neu gefasst:

Gesundheit

Das Ziel einer jeden medizinischen Behandlung ist die schnellstmögliche und weitestgehende Wiederherstellung der Gesundheit. Kostendruck und Gewinnstreben scheinen dieses Ziel jedoch in vielen Bereichen des Gesundheitssystems verdrängt zu haben. Dies hat zu einer Zweiklassenmedizin geführt, die einem Teil der Bevölkerung eine angemessene medizinische Versorgung vorenthält. In manchen Pflegeeinrichtungen leben die Bedürftigen unter Umständen, die ihre Menschenwürde verletzen.

Wir wollen das Gesundheitswesen wieder zu seiner ursprünglichen Zielsetzung zurückführen. Einsparungen dürfen nicht zulasten der Patienten oder des Personals erfolgen.

Menschenwürdige Pflegeeinrichtungen

Kann Pflege nicht im angestammten persönlichen Umfeld der Bedürftigen geleistet werden, so ist die Betreuung in stationären Einrichtungen unabdingbar. Die Würde pflegebedürftiger Menschen muss hierbei stets gewahrt bleiben. Um dies zu erreichen, setzen wir uns für eine ausreichende Personaldecke und wirksame Kontrollen ein.

Pflegende benötigen, besonders wenn sie die Patienten nicht persönlich kennen, eine professionelle Ausbildung. Diese muss in Pflegeeinrichtungen sichergestellt sein.

Kontrollen sollen nicht nur die Abfrage von Kennzahlen und die Einhaltung rechtlicher Vorgaben umfassen, sondern müssen auch eine Befragung der Bewohner miteinbeziehen. Angehörigenbeiräte sehen wir als weiteres sinnvolles Mittel, Qualität und Menschlichkeit in der Pflege zu fördern.

Der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) prüft Pflegeeinrichtungen und erstellt die sogenannten "Einrichtungsbezogenen Pflegeberichte". Diese dürfen nach derzeitiger Gesetzeslage nicht veröffentlicht werden. Wir wollen dieses Verbot in eine Pflicht zur Veröffentlichung umwandeln. Durch solche Informationen können sich die Verbraucher ein Bild von der Qualität einzelner Pflegeeinrichtungen machen. So entsteht Druck auf die Betreiber, Missstände zu beseitigen und die Qualität zu erhöhen.

Ruhigstellende Medikamente und das Fesseln ans Bett (Fixierung) sollen so wenig wie möglich eingesetzt werden. Maßgabe muss die unbedingte Notwendigkeit für den Schutz des Pflegebedürftigen und der Pflegenden sein. Besonders psychische Erkrankungen mit Fremd- und Eigengefährdung bilden hier eine Ausnahme.

Entlastung von medizinischem Personal

Die Stellenpläne für Ärzte und Pflegekräfte sind oftmals nur noch zeitlich befristet. Der Pflegepersonalschlüssel ist seit Jahren aus Kostengründen nicht mehr dem tatsächlichen

Bedarf angepasst worden. Überstunden sind an der Tagesordnung. Eine zufriedenstellende Versorgung von Patienten und Pflegebedürftigen ist unter diesen Umständen nicht möglich.

Dem Personalmangel in medizinischen Einrichtungen soll durch Neueinstellungen und gerechte Entlohnung entgegengewirkt werden. Wir streben geregelte Arbeits- und Bereitschaftszeiten an, die den Beschäftigten Zeit zur eigenen Regeneration lassen. Der Verwaltungsaufwand ist so gering wie möglich zu gestalten und soll weitgehend durch Bürokräfte gedeckt werden, damit Ärzte und Pfleger sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren können.

Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung

Die ärztliche Versorgung im ländlichen Bereich ist weiterhin rückläufig. Viele Ärzte scheiden altersbedingt aus dem Berufsleben aus und haben Schwierigkeiten, Nachfolger für ihre Praxen zu finden. Als Hauptursache für dieses Problem werden oft die fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Mangel an Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten in strukturschwachen Regionen genannt.

Wir setzen uns dafür ein, dass eine flächendeckende ärztliche Versorgung auch in Zukunft möglich bleibt. Hierbei stufen wir den Ausbau an technischer und sozialer Infrastruktur höher ein als das Setzen von finanziellen oder steuerlichen Anreizen.

Elektronische Gesundheitskarte stoppen!

Im Gesundheitswesen ist der Schutz der Privatsphäre von besonderer Wichtigkeit. Deshalb fordern wir einen effektiven Schutz von Patientendaten und wirksame Kontrollmechanismen beim Umgang mit diesen. Mit der elektronischen Gesundheitskarte wurde ein System eingeführt, in dem Patientendaten umfangreich und unkontrolliert zentral gespeichert werden können. Patienten können ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung nicht mehr wahrnehmen. Die Datenskandale der letzten Zeit zeigen eindrücklich die Risiken solcher Systeme. Gesundheitsdaten von Bürgern wecken große Begehrlichkeiten bei Arbeitgebern und Versicherungen.

Wir fordern deshalb die Überarbeitung der elektronischen Gesundheitskarte. Statt einer zentralen Speicherung soll nach geeigneten Verfahren gesucht werden, mit denen die Daten missbrauchsicher gespeichert und verwaltet werden können. Sie sollen grundsätzlich nur dem Patienten zur Verfügung stehen. Dieser muss entscheiden können, welche Informationen er preisgibt.

Informationsfreiheit und Selbstbestimmung bei Behandlungen

Jeder Mensch hat im Rahmen einer Erkrankung Anspruch auf eine bestmögliche Beratung und Behandlung. Niemandem darf aus Kostengründen eine zur Verfügung stehende Diagnose- oder Behandlungsmethode verwehrt oder vorenthalten werden.

Damit ein Patient frei entscheiden kann, ob, wie und von wem er behandelt werden möchte, benötigt er freien Zugang zu folgenden Informationen.

- Welche Behandlungsmöglichkeiten sind für die jeweilige Erkrankung verfügbar?
- Welcher Arzt/welche Klinik bietet diese Behandlung an?

- Wie hoch ist dabei der prozentuale Anteil an erfolgreichen Behandlungen bei diesem Arzt/in dieser Klinik?

Das Gesundheitsministerium hat diese Informationen so im Internet bereitzustellen, dass ein Patient sich im Zweifelsfall auch ohne ärztlichen Beistand einen Überblick verschaffen kann. Alternative Heilmethoden, deren Wirksamkeit erwiesen ist, sollen in dieses Spektrum miteinbezogen werden.

Kassenärztliche Vereinigung

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) ist eine Einrichtung des öffentlichen Rechts. Sie soll die Interessen der niedergelassenen Fach- und Allgemeinärzte vertreten. Unter anderem handelt sie mit den Krankenversicherungen ein Budget für die Behandlungskosten von Kassenpatienten aus und teilt dieses unter den Ärzten auf. Eine direkte Abrechnung zwischen Arzt und Versicherung findet nicht statt. Hierbei kommt ein Abrechnungssystem zum Tragen, das aus Sicht vieler Ärzte weder überschaubar ist, noch die notwendigen Behandlungskosten deckt.

Wir fordern ein leicht nachvollziehbares Abrechnungssystem und damit eine Reduzierung des Verwaltungsaufwandes. Dadurch frei werdende Gelder sollen dem Behandlungsbudget zugutekommen.

Folgen von nicht medizinisch erforderlichen Eingriffen

Eingriffe erfolgen oft aus rein kosmetischen Gründen. Beispiele sind Brustvergrößerungen und Körperschmuck. Bestimmte Vorstellungen von Schönheit können sogar ungesund sein. Wir fordern, dass hierbei auftretende Wundheilungsstörungen und andere Folgen nicht der gesetzlichen Krankenversicherung zur Last fallen dürfen.

Inklusion statt Diskriminierung

Menschen mit Behinderungen und Krankheiten müssen so weit wie möglich in das alltägliche Leben miteinbezogen werden (Inklusion). Dazu ist es erforderlich, dass zwischen echten Problemen (beispielsweise Ansteckungsrisiken) und bloßen Vermutungen und Vorurteilen unterschieden wird. Entsprechende Projekte für gesundheitliche Aufklärung und gegen Diskriminierung und Ausgrenzung sollen in Rheinland-Pfalz initiiert und gefördert werden.

2013.4/012 Alternative Heilmethoden

Dieser Antrag ergänzt Antrag 2013.4/011 Überarbeitetes Gesundheitsprogramm.

Im Abschnitt "Informationsfreiheit und Selbstbestimmung bei Behandlungen" des Gesundheitskapitels im Wahlprogramm wird der Satz

"Alternative Heilmethoden, deren Wirksamkeit erwiesen ist, sollen in dieses Spektrum miteinbezogen werden."

ersetzt durch

"Alternative Heilmethoden sollen in dieses Spektrum miteinbezogen werden, ohne dass es eines wissenschaftlichen Nachweises ihrer Wirksamkeit bedarf. Patienten sollen anhand der genannten Informationen entscheiden, welche Behandlungsmethoden sie für vertrauenswürdig halten."

2013.4/014 Einführung eines Kapitels "Sonstiges"

Die Versammlung möge beschließen, in das Wahlprogramm vor dem Nachwort ein neues Kapitel "Sonstiges" einzufügen. Unter diesem Kapitel sollen alle Anträge angeführt werden, denen keine Stellenangabe im Wahlprogramm zugewiesen wurde. Ergibt sich, dass dieses Kapitel im Laufe der Programmüberarbeitung keinen Inhalt hat, so wird es nicht angezeigt, kommt aber bei Bedarf wieder zur Anzeige.

2013.4/015 Leistungsumfang von Krankenkassen

Dieser Antrag ergänzt Antrag 2013.4/011 Überarbeitetes Gesundheitsprogramm.

Im Gesundheitskapitel des Wahlprogramms wird der Abschnitt

"Folgen von nicht medizinisch erforderlichen Eingriffen

Eingriffe erfolgen oft aus rein kosmetischen Gründen. Beispiele sind Brustvergrößerungen und Körperschmuck. Bestimmte Vorstellungen von Schönheit können sogar ungesund sein. Wir fordern, dass hierbei auftretende Wundheilungsstörungen und andere Folgen nicht der gesetzlichen Krankenversicherung zur Last fallen dürfen."

ersetzt durch

"Leistungsumfang von Krankenkassen

Die Piratenpartei bekennt sich zu einem solidarisch finanzierten Gesundheitssystem, das sämtliche lebens- und gesundheitserhaltenden Maßnahmen bedingungslos umfasst. Daher sind wir für die Einführung einer Bürgerversicherung, die von allen Bürgern über Steuern und/oder Beiträge getragen wird. Ein Ausweichen in private Krankenversicherungen und damit ein Bruch der Solidarität darf nicht länger stattfinden.

Die Grenzen der Solidarität werden dort erreicht, wo vermeidbare Risiken zu gesundheitlichen Problemen führen. Hierzu zählen insbesondere kosmetische Eingriffe (Schönheitsbehandlungen), das Tragen von Körperschmuck (Piercings, Brandings, Tätowierungen etc.) oder das Betreiben von Extrem- und Leistungssport. Zwar soll auch hier bedingungslos sichergestellt werden, dass im Bedarfsfall eine Behandlung erfolgt, jedoch sollen die Kosten dafür nicht von der Gemeinschaft getragen werden. Risikogruppen sollen sich daher im Voraus über entsprechende private Zusatzversicherungen absichern.

Die Meinung darüber, welche Risiken vermeidbar sind, gehen mitunter weit auseinander. Daher wollen wir bei der Einführung der Bürgerversicherung in einem basisdemokratischen Prozess ermitteln, welche Leistungen von dieser Versicherung übernommen werden müssen. Damit haben die Bürger einen unmittelbaren Einfluss auf den Leistungsumfang und somit auf die Kosten."

2013.4/016 Streichung Behandlungsfehler bei nicht erforderlichen kosmetischen Eingriffen und bei Piercing (zurückgezogen)

Es wird beantragt §13.4.5 "Behandlungsfehler bei nicht erforderlichen kosmetischen Eingriffen und bei Piercing" komplett aus dem Wahlprogramm zu streichen.

Anmerkung: Dieser Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

2013.4/017 Streichung Punkt 13.4.5 Gesundheit

Hiermit beantrage ich, den folgenden Text 13.4.5 im Wahlprogramm unter dem übergeordneten Punkt 13 Gesundheit zu streichen:

Behandlungsfehler bei nicht erforderlichen kosmetischen Eingriffen und bei Piercing

Patienten oder Kunden unterziehen sich oftmals aus Schönheitsidealen kosmetischen Operationen. Beispiel: Brustvergrößerung/Körperschmuck und dergleichen. Wir fordern, dass eine hierbei aufgetretene Wundheilungsstörung, die in der Regel durch unsachgemäße Einhaltung der Hygiene oder durch nicht geeignete Materialien hervorgerufen wurde und die eine medizinische Behandlung und Korrektur erforderlich machen, nicht auf Kosten der gesamten Versicherten gehen darf. Hier ist der behandelnde Arzt oder Piercer in die zivilrechtliche und strafrechtliche Haftung zu nehmen.

Oder wenn der Antrag 2013.4/011 für die SDMV angenommen werden sollte, den überarbeiteten Text:

Folgen von nicht medizinisch erforderlichen Eingriffen

Eingriffe erfolgen oft aus rein kosmetischen Gründen. Beispiele sind Brustvergrößerungen und Körperschmuck. Bestimmte Vorstellungen von Schönheit können sogar ungesund sein. Wir fordern, dass hierbei auftretende Wundheilungsstörungen und andere Folgen nicht der gesetzlichen Krankenversicherung zur Last fallen dürfen.

Sonstige Anträge

2013.4/003 Senkung des Hartz IV-Regelsatzes (zurückgezogen)

Ich möchte den folgenden Antrag im Rahmen der SDMV als Positionspapier für den Bereich „Arbeit und Soziales“ zur Abstimmung stellen:

Die Piratenpartei setzt sich für eine Senkung des allgemeinen Regelsatzes für erwachsene Hartz IV-Bezieher von derzeit monatlich 382 € auf 100 € ein.

Anmerkung: Dieser Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

2013.4/004 Integrationsbeauftragter

Hiermit stelle ich den Antrag, dass der LPT den Posten eines Integrationsbeauftragten schaffen möge.

2013.4/008 Bahnlinie Homburg Zweibrücken

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz setzt sich für einen Ausbau des Nahverkehrsnetzes ein. Der öffentliche Nahverkehr ist ein umweltfreundliches und kostengünstiges Verkehrsmittel in den Städten und auf dem Land. Deshalb verfolgen wir das Ziel, die Kapazitäten auszubauen und die Verkehrsnetze zu verdichten und auszuweiten. Insbesondere soll kurzfristig mit dem Ausbau der Bahnlinie Richtung Homburg und Zweibrücken begonnen werden.

2013.4/009 Abkehr vom Prinzip der Angemessenheit der Wohnungskosten

Positionspapier zur Abstimmung via SDMV, Arbeit und Soziales: Die Piratenpartei fordert die Abkehr vom Prinzip der Angemessenheit der Kosten der Wohnung für Bezieher von Leistungen nach dem SGB II auf der Grundlage des örtlichen Mietspiegels für „einfach“ ausgestattete Wohneinheiten.

Die wenigen mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen, die sich gegenwärtig im Bau befinden, bewegen sich weit oberhalb dieses Standards. Niemand baut mehr mit Kohleöfen und Gemeinschaftstoilette im Treppenhaus.

Darüber hinaus verzerrt der Blick auf die bloße Kaltmiete die Analyse der tatsächlichen Kostensituation und konterkariert alle Anreize zu einer energetischen Sanierung.

Die Wohnbau Budenheim bewirbt zum Beispiel regelmäßig Wohnungen mit einer Kaltmiete von 2,50 bis 4 €/m² bei Nebenkosten in Höhe von 6-7 €/m².

Es ist daher offensichtlich vernünftig, die Kosten der Unterkunft als Gesamtpaket zu betrachten anstatt die Trägheit der Behörden zu befördern, die sich ohne Rücksicht auf Mehrkosten lieber weiterhin an den öffentlichen Mietspiegeln orientiert.

2013.4/010 friedliche Assimilation des Nuerburgrings

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz beschließt alle Maßnahmen für den Wahlkampf welche Finanzmittel benötigen einzustellen und sämtliche Finanzmittel für den Kauf des Nürburgrings einzusetzen.

Der Nürburgring kann in der Folge für folgende Funktionen eingesetzt werden:

- Landesgeschäftsstelle
- Ständiges Bundesparteitagsgelände
- Abschießen von Vorständen via Achterbahn
- Ausreichende Unterkünfte für anreisende Piraten
- Ständiges Rock-am-Ring-Gelände für die @JungePiraten
- Austragung von Piratggiorennen
- Stock-Car-Rennen mit dem Gläsernen Mobil
- Verbesserung des GO-Antragverfahrens (GO-Anträge erst nach Achterbahnfahrt möglich, nachdem der Bumper gedrückt wurde)
- Anbau von Nutzhanf möglich
- Erhöhung des Umsatzes des P-Shops
- Grüne Hölle wird Orangene Hölle
- Genügend Platz für "My little Pony"-Farm
- Nordschleife kann in Ponyschleife umbenannt werden
- Popcornfabrik möglich
- Bundesarchiv und Bundeslager können eingerichtet werden
- Piraten- und Wahlplakatemuseum möglich
- Gründung von virtuellen Ringverbänden möglich
- Ausreichender Platz für unsere beiden Jugendorganisationen zu Sonderkonditionen.
- Test der neuen Technologie PoW (Power over WLAN) unter Realbedingungen möglich

Standortfakten

- Zentral in Deutschland und RLP gelegen
- Gute Autobahnanbindung
- Gute Achterbahnanbindung
- Gute Infrastrukturanbindung (dank Formel 1)
- Eigene Rennstrecke
- Eigene Achterbahn
- Eigene Hotels
- Eigener Freizeitpark
- Eigenes Einkaufszentrum
- Eigenes Kneipenviertel
- Ausreichende Parkplätze

- Eigene Diskothek
- Representativ
- Von etablierten Parteien potentiell gefördert
- Grillen im Freien möglich
- Unisex-WCs und Duschen möglich

Bei Annahme des Antrages wird ein Ringbeauftragter mit Name "Frodo" ausgeschrieben und nach entsprechender Diskussion ernannt.

Potentielle Sponsoren sollen geworben und die Gründung einer Genossenschaft soll geprüft werden.

Auch anonyme Unterstützer sind selbstverständlich möglich.

Andere Parteien reden über den Nürburgring... WIR kaufen ihn! WIR tun etwas für die Region.

Dieser Antrag zerstört sich bei Zustimmung selbst und wird damit ungültig.

Antragssteller:

@FuzzyLeapfrog

@enavigo

@schaengelpirat

@SilSte

Schattenantragsteller mit ausdrücklicher Missbilligung des Antrages und Stimmen der Vernunft

Maik Nauheim

Heiko Müller

2013.4/013 Hartz IV-Reform

Hiermit fordere ich, dass alle Kommunen dazu verpflichtet werden, einen Mietpreis gemäß dem Mietspiegel der Region zu ermitteln und diesen als verbindliche Aussage den Betroffenen vorzugeben haben.

2013.4/014 Hartz IV-Sanktionen

Die Piraten kämpfen um einen Hartz IV-Sanktionsstopp.